

Wiedergabe eines mail-Austausches

zur aktuellen politischen Lage

Anfang Oktober 2006

Schlaglicht?

*Merkels Linie im
Für und Wider –
Ein unfrisierte
E-mail-Dialog*

Gliederung:

1. Mail-Dialog S. 3 – 9
2. Wer spricht S. 10
3. Positionierungen S. 11
4. Anhang 1:
“German angst“ S. 12 – 13
5. Anhang 2:
Kernkraft ? Zwangsläufig!
Und mit Aussicht auf Erfolg! S. 14

**Angaben zu den beiden
Dialogführenden
S. 10 unten**

Mail v. 6.10.06, 18:21h

Hallo Herr P. !

Vielen Dank. Es ist ein Jammer - egal welchen Politikbereich man anschaut. Jetzt der faule Kompromiss in der Gesundheitspolitik.

Frau Merkel würde besser dastehen, wenn Sie gesagt hätte: "We agree to disagree".

Die SPD führt sie wie einen Tanzbären durch die Manege.

Ich hoffe, dass ihre Umfragewerte noch mehr und schneller in den Keller gehen, damit die Zeit der Agonie abgekürzt wird. Deutschland kann sich diese Frau Kanzlerin nicht mehr lange leisten.

Leider wird in CDU/CSU interpretiert, dass Schüssel verloren hat, weil er zu sehr in die soziale Hängematte geschnitten hat. Das mag zum Teil so sein, aber entscheidend war m.E. die Arroganz, mit der Schüssel den Wahlkampf geführt hat. Er war sich seiner Sache zu sicher - und seine Anhänger wohl auch.

Aber - mit der falschen Interpretation werden CDU/CSU noch sozialdemokratischer.

Vor zwei Tagen war Frau XX. hier zu einem Vortrag in Z. Sie hat mir etwas Leid getan, weil wir sie als Blitzableiter für unsere Enttäuschung und Wut über ihre Partei benutzt haben. Sie gehörte ja noch zur besseren Hälfte des Bundestages.

Dennoch - ein schönes Wochenende !

Mit freundlichen Grüßen

Ihr DX

Mail v. 8.10.06, 22:47h

Hallo Herr DX,

(...)

Was Frau Merkel angeht, habe ich eine andere Sicht. Ganz Deutschland hat den Tunnelblick auf die "Soziale Gerechtigkeit". Deutschland ist dem "sozialen" Wahn nicht weniger verfallen, als dem "nationalsozialistischen" Wahn zu Zeiten unserer Väter/Großväter. Wer das Spiel nicht mitmacht, ist nicht wählbar. Dies Land ist seit Jahrzehnten im Vollrausch der Sozialdemokratisierung. Niemand kann es umsteuern -- außer Merkels Kurs, der durch die Einbindung der SPD-Führung gegen relevante Teile der SPD-Basis den Sozialstreit mehr in deren Reihen als in die eigenen tragen wird (z.Z. sieht es noch anders aus, aber das wahre Bild wird sich schnell zeigen); sie wird damit die Bahn für wichtigere Themen -- etwa der Außen- und der Energiepolitik -- frei machen, d.h. es wird m.E. eine innere Dialektik in unserer mental blockierten Republik freigesetzt, die immer mehr Leuten bei uns zeigen wird, dass wir am END-PUNKT der Sozialdemokratisierung angekommen sind und dass die Nabelschau ein Ende haben muss. Dies will kaum jemand hier wahrhaben. Vergessen wir nicht, der Patient -- die "deutsche Befindlichkeit" -- ist mental schwer krank!!! Das meine ich nicht als Floskel. Kein Politiker außer Fr. Merkel hätte die SPD-Führung so lange im Boot gehalten und gegen deren „Nahles-Basis“ für sich eingenommen u. DADURCH Föderalismusreform (und all das andere, was Herbert Kremp in der Sonnabend-Ausgabe der Welt zu Recht aufführte) ermöglicht und z.B. das Gesundheitsthema in dem Maße entschärft, wie es in einer hochgradig narzistischen Gesellschaft überhaupt nur möglich war, damit, und ich wiederhole mich, Politik wieder auf die viel wichtigeren Themen sich richten kann --

Wirtschaft, Äußeres, die wachsende Gefahr aus der russ. Entwicklung, iran. u. korean. Spielereien... Übrigens, Jim Hoagland hat es m.E. sehr treffend auf 2 Seiten dargelegt (s. Anlage). **Will Sie aber nicht überzeugen, habe nur meine Ansichten ein wenig ausgebreitet.**

Übrigens gibt es für "Proposing Selective Constraint towards Iran" möglicherweise einen Interessenten. Die Editors einer der führenden amerik. pol.-wiss. Schriftenreihen haben sich gemeldet und mich gebeten, den Text nochmals zu übersenden. Da würde ich einen ziemlichen Freudensprung machen. Aber bevor nicht alles entschieden ist, ist es nicht mehr als eine Hoffnung. Sollten irgendwelche Referenzen zusätzl. gewünscht sein (kaum anzunehmen, aber könnte ja sein), würde ich gern auch auf Sie verweisen, da Sie ja einiges von mir kennen. Würden Sie das genehmigen?

Danke für die guten Wünsche zum Wochenende -- umgekehrt komme ich mit meinen gleichgerichteten Wünschen an Sie damit [So. abends] etwas spät, aber immerhin noch vor Mitternacht.

Beste Grüße, Ihnen und Ihrer Frau,

P.

Mail v. 9.10.06, 11:56h

Hallo Herr P. !
Die Hoffnung stirbt zuletzt.
Es wäre schön, wenn Sie richtig lägen.
Ich befürchte, dass mit Frau Merkel die Wende nicht geschieht.
Sie wollte Kanzlerin werden und sie will es bleiben.

Ich habe schon gewettet, dass sie in 2008 aus dem Amt gejagt wird.

Sie können mich ruhig als Referenz angeben.

Diese Woche hat mit dem großen Knall in Nordkorea begonnen.
Wir werden dazu diese Woche einen Newsletter bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr DX

Mail v. 9.10.06, 13:48h

Hallo Herr DX,
danke für freundlich Bereitschaft, als Referenz zur Verfügung zu stehen, wenn der Bedarf seitens der Redaktion entstehen sollte.

Die Wette werden Sie vermutlich verlieren. Aber das Obsiegen oder Unterliegen v. Fr. Merkel wäre ja nicht das Entscheidende, sondern ob sich der volksweite Sozialdemokratismus durch sich selbst ad absurdum führt. Die (erzwungene) Moderationsrolle Merkels ist dafür das optimale Medium. Das jetzt aufmüßig triumphierende SPD-Führungsduo Beck-Struck wird mit den Ergebnissen dieser Koalition genauso identifiziert werden wie die Union. Die bundesdeutsche Gesellschaft

kann sich nur selbst ein Bein stellen. Das Vertrauen in große Führer, die durch Machtworte, Glanz oder Bulligkeit alles zu überrennen und zu richten vermögen, ist eine gedankliche Sackgasse. Sowohl Koch als auch Wulff wissen genau, was sie an Frau Merkel haben. Der jetzige interne Streit ist keiner. Nur mit Rüttgers gibt es Differenzen, denn der hat den Sozialdemokratismus christlich-demokratischer Provenienz im persönlichen Programm. Koch, Wulff und Merkel sind von dieser Ideologie im Prinzip frei, wenn auch nicht in praxi. Aber sie spielen zu Dritt ein leider notwendiges Endzeitmatch. Und sie spielen es ausge"koch"t und gut. Den weitaus schwersten Part dabei hat Frau Merkel. Sie wird sich den Rang Kohls (und darüber hinaus) erarbeiten -- vielleicht, vielleicht auch nicht. Ich tendiere zu: Sie wird!

Ihr

P.

Mail v. 9.10.06, 15:46h

Hallo Herr P. !
Vielen Dank für Ihre interessante Sicht.

Ich setze dagegen:

Sie wissen, dass wir in 2009 auch Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern haben werden.

Nach dem jetzigen Stand der Dinge werden CDU und CSU stark "bluten".

Die SPD hat mehr Koalitionsmöglichkeiten als CDU/CSU.

Das könnte das Ende aller Ambitionen für Koch und Wulff werden. Stoiber ist bereits "out". Er weiß es nur noch nicht.

Darüber hinaus werden etliche Bundestags - und Landtagsabgeordnete ihren (Stamm)Platz verlieren, wenn es keine Meinungsumschwung in der Bevölkerung gibt. Ich sehe kein Ereignis und keine Entwicklung, die diesen Umschwung herbeiführen könnte.

Die EU-Präsidentschaft wird mittelfristig daran nichts ändern.

Bei den Ministern weiß man nicht, wen man zuerst austauschen müßte.

Herr Kauder und Herr Pofalla.

In meinem Freundes - und Bekanntenkreis hat Merkel ausgespielt. Sie wird als gute Sozialdemokratin eingestuft.

Mein Fazit:

Die Große Koalition kann überleben bis 2009 - Angela Merkel nicht.

Ich muss gestehen, dass ich Sie im Fernsehen kaum mehr ertragen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr DX

Mail v. 10.10.06, 2:46h

Hallo Herr DX,

es ist gut, dass wir diesen Austausch zu einem Zeitpunkt haben, da noch niemand das Ergebnis der Entwicklungen voraussehen kann. Man sieht, wie interpretationsoffen die pol. Bewertung ist, selbst wenn sicher sehr viele ähnliche Grundauffassungen bei den Diskutanden bestehen.

Zweite Vorbemerkung: Es ist leider wieder spät, und daher fallen die folgenden Bemerkungen auch nicht sehr erschöpfend aus, aber antworten möchte ich doch zumindest mit ein paar Sätzen.

Erster Punkt: Die deutsche Wahlbevölkerung ist vor der letzten Bundestagswahl eingeknickt, weil ihr das Schreckbild des "Neoliberalismus" (festgemacht an der etwas arglos agierenden Person Kirchhofs) in die Glieder fuhr, d.h. die Bevölkerung sah sich von künftiger Realität bedroht – und flüchtete sich erneut an die Seite linker leerer Versprechungen. Ergebnis war das Patt bei den Wahlen, das es nicht zulässt, Dominanz auszuüben, schon gar nicht bürgerliche Dominanz. Wer nun "Entscheidungsheroismus" fordert, redet m.E. an der bundesdeutschen Wirklichkeit vorbei. Merkel würde weit eher ins Messer laufen, wenn sie den Max macht, als wenn sie moderiert, bis das Umfeld es leid ist und schließlich einwilligt. Das hat bisher prima geklappt. Macho-Gehabe hätte das Gegenteil bewirkt. Wir sähen uns schon wieder vor eine Wahl gestellt, und diesmal könnte die linke strukturelle Mehrheit das Rennen machen, vor allem auch deshalb, weil es im Moment in konjunktureller Hinsicht weniger Probleme gibt und viele nun schon wieder meinen, dass das Größte ausgestanden sei, und sie deswegen glauben, dass es nun der bürgerlichen Ratio in der Regierung nicht mehr unbedingt bedarf. Ein paar hunderttausend Stimmen weniger, und schon haben diejenigen, die mehr Nähe spüren nach Osten als nach Westen, und die mehr Nähe spüren zu pazifistischen Positionen als zu realistischen, und die weniger Sorge haben vor Energieabhängigkeit von Russland als vor deutscher Kerntechnik, und die eine (wohl offenbar) angeborene Neigung haben, Staat und Gewerkschaften sowie die UN als Problemlöser zu sehen, statt sich selbst in ihrer Eigenschaft als Bürger als Souverän zu fühlen, und die mehr Sympathie für den kleinen Profilierungskünstler aus Teheran als den großen Satan aus Washington haben, und und und – ja und schon tragen DIESE polit. Kräfte wieder die Ministergehälter und -renten nach Hause und ruinieren unser Land. Nein, Merkel macht es im Prinzip richtig, nicht alles wurde richtig gemacht, aber das Wichtige. Eine konfrontative Haltung innerhalb Europas und gegenüber Amerika wird es nicht mehr geben, die unkritische Haltung gegenüber Russland und dem Türkei-Beitritt und der Achse mit Paris wird es nicht mehr geben; Israelis, Araber, Teheran wissen den Unterschied zwischen einem Schröder (oder irgendeinem anderen SDP-ler) und der Pfarrerstochter aus der DDR, die offenbar der Minderheit von Deutschen angehört, die die Gegnerschaft zur Diktatur in keiner Sekunde ihres Lebens je außer Acht lassen wird u. gerade deshalb höchst vorsichtig operiert, damit den Schuffen (ob sie nun Putin od. Schröder heißen – Schröder ist der größere Schufft von beiden) es nicht noch leichter gemacht wird, als sie es mit senilen "Alten Europäern" und einer doch stark desorientierten deutschen Öffentlichkeit ohnehin schon haben.

Zweiter Punkt: 2009 ist nicht drei Jahre weg, sondern dreißig. Allein das Wochenende [Korea] hat einen Zeitsprung bewirkt. Der Gefahrenlevel wird sich nicht nur in Fernost innerhalb der nächsten Zeit sprunghaft erhöhen. Wirtschaftlich und sozial wird es in Europa und Deutschland mehr und mehr "ans Eingemachte" gehen. Durch diese innen- und außenpolitischen Entwicklungen, denen sich unser Land nicht mehr, wie in der Vergangenheit, entziehen kann, wird einerseits Anpassung und andererseits Realismus (was nicht unbedingt dasselbe ist) erzwungen werden. Die Partei mit den schlauereren Typen und den besseren Realisten (was ebenfalls nicht unbedingt dasselbe ist) wird dann das Rennen machen.

Drittens: Diese Gelegenheit zum Extemporieren habe ich mir nicht nehmen lassen – auch wenn die Stunde nun doch weiter vorgerückt ist, als ich es verantworten kann. Im Oktober letzten Jahres habe ich alles etwas gründlicher ausformuliert. Dazu stelle ich mich auch jetzt noch: "Neustart einer Regierung". Aber wiederum gilt – und das meine ich ernst: Lieber alles beiseite legen, da das Lesen den Leser von Wichtigerem abhalten würde.

Herzlich, Ihr P.

Mail v. 10.10.06, 9:15h

Hallo Herr P. !
Vielen Dank.

In meinen Augen geht es auch um Leadership in der Demokratie. Die Leute müssen das Gefühl haben, dass der Kanzler weiß, wohin es gehen muss.

Das war bei Helmut Schmidt bis zum Ende so, bei Kohl die ersten 10-12 Jahre, bei Schröder 4 - 5-Jahre, bei Merkel ein bis zwei Monate.

Der gestrige "Energiegipfel" war ein weiteres Beispiel für ihre Führungsschwäche. Die Bildung von Arbeitsgruppen ist keine Politik.

In der Beurteilung der Weltlage stimme ich mit Ihnen überein. In Zeiten der Not kommt der Ruf nach dem starken **Mann**. Dann wird man Herrn Koch auch seine "Jugendsünden" verzeihen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr DX

Mail v. 10.10.06, 15:50h

Hallo Herr DX,

der Dialog hat in meinen Augen Qualität. Wenige Anmerkungen: DIE WELT von heute: "CDU knickt vor Ringstorff ein". Damit will ich sagen: Wir können uns unsere Landsleute nicht so "backen", wie wir sie gern hätten. Ein "Roland Koch" (der mir durchaus gefällt) hätte keine NRW-Wahl gewinnen können! Eine selbstbewusster auftrumpfende CDU in McPom [gebräuchlich für M.-Vorpommern] wäre von Ringstorff nicht kooptiert worden! Roland Koch (diesmal ohne Anführungszeichen, weil ich ganz konkret ihn meine) hätte in der Koalition in Berlin nicht mehr, sondern weniger erreicht als Merkel. Man hätte ihm die "Männlichkeit" genommen! **Frau** Merkel ist jedoch authentisch geblieben! Es ist gut, dass ausgezeichnete Leute wie Koch bereitstehen! Er sollte den Posten des Wirtschaftsministers im nächsten Merkel-Kabinett haben! Er wäre auch für andere Jobs bestens qualifiziert, aber das Wirtschaftsressort wird zum zweitwichtigsten in der Regierung werden, und Koch hat in Hessen kreativ experimentiert. Er wäre der Beste in der wirtschaftspolitischen Kreativposition! Nochmals: Wäre er jetzt Kanzler, wäre das Gewürge nicht geringer, aber er wäre ein Stück weit demontiert auf Bundesebene und würde schmerzlich fehlen auf Landesebene!

Was die Energiefrage anlangt, so hat sich Frau Merkel klugerweise auf die diesmalige Agenda beschränkt. Der Wille, den Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernkraft zu suchen, muss zunächst aus einem wachsenden Teil der deutschen Öffentlichkeit kommen! Die S.6 meiner Anlage von gestern kann berechtigten Optimismus zu diesem Punkt aufkommen lassen. Dieses Papier und die zugehörigen Unterlagen habe ich der CDU-Führung in der Phase der Koalitionsverhandlungen über zahlreiche interne Kanäle zukommen lassen. Man entschied sich aber in der Koalitionsvereinbarung (Steuber dabei!! Und Koch, Wulff, Schäuble etc. im engsten Beraterzirkel auf CDU-Seite auch dabei!!!), nicht am Thema Atomausstieg zu rühren! Diesen Beschluss verwaltet Merkel jetzt. Sie muss ihn jetzt verwalten! Querschüsse würden jetzt nur eine Blockade für die Koalition bedeuten, die SPD-Linke würde nur zusätzlichen Druck auf die Parteiführung in Sachen Gesundheitsreform mobilisieren. Dies Thema ist jedoch gerade glücklicherweise auf die Referenten- und Expertenebene verfrachtet worden. Gott sei Dank! Das Atomkraftthema findet seine Fortsetzung in einer dritten und letzten Runde im Februar.

Dort wird m.E. auch die Ausstiegsfrage evtl. nochmals zum Zug kommen können -- und sollte es auch! Das hat aber nur Sinn, wenn bis dahin die öffentliche Meinung sich um einige weitere Prozentpunkte in Richtung Ausstieg vom Ausstieg verschiebt. Die CDU wird erst dann eine bürgerliche Partei im anspruchsvollen Sinne sein, wenn der BÜRGER endlich **MANNs** genug sein wird, sich nicht nur auf Schuldigensuche zu begeben, sondern -- intelligente -- Zukunftspositionen einzunehmen. Warum z.B. nicht den Grünen den Rang ablaufen? (s. Anlage) [Text „Grüne, legt endlich die sozialdemokratischen Windeln ab“] Bisher ist unsere CDU eher eine windelweiche Wohlstandspartei, wobei vom "Wohlstand" immer weniger geredet werden kann.

Angela hält uns den Rücken frei. Wir Bürger müssen die Fortschrittserfordernisse lauter zur Sprache bringen: radikale Bildungsreformen, z.B. wesentlich selbständigere Schule; radikale Suche nach Energie-Alternativen und Nutzung des kompletten Energie-Mixes: diesbzgl. z.B. strategische Kooperation mit Frankreich durch wechselseitigen Rückgriff auf die jeweiligen Schwerpunkte, genauso auch mit Spanien, z.B. Solarenergie, wofür wir sehr viel Umwelttechnologie liefern können; mit Ost-Europa: nachwachsende Rohstoffe: mit Nord-Europa: Windkraft. Ich will es alles nur andeuten! Eingebunden sein muss diese pro-aktive innereuropäische Energiepolitik in eine systematische transatlantische Kooperation, was die Entwicklung von Alternativen zu den fossilen Ersatzstoffen betrifft. Die Amerikaner haben angefangen zu begreifen, dass dies nottut. Hier können wir Pilotfunktion übernehmen, da zahlreiche kleine, feine Umwelttechnologien hier entwickelt werden. -- Den Russen, Iranern und Arabern muss schwindelig werden beim Tempo, das in den OECD-Staaten zur Neuorientierung des Energieverbrauchs vorgelegt wird. DAS wäre ein Durchstich! Und er ist möglich. Frau Merkel tut alles, damit die EU in ihrer Zeit des Vorsitzes auf dieses (und weitere) wichtige Themen fokussiert wird. Sie schafft jetzt all die unwichtigen Themen vom Tisch, schlecht und recht, aber besser geht es eben nicht -- „dank“ des Wahlbürgers '05, des ewig herum-mährenden Bürgers, dem immer nur das Renten- und Gesundheitsthema wichtig ist, statt wirtschaftliche Dynamik zu wählen (an der Wahlurne) und sich für eine Zukunft für die nachfolgende Generation zu entscheiden, die nur im Kontext internationaler Konfliktstrategien bewältigbar ist (also Öffnung des Blicks über den persönlichen Wohlstandszauns hinaus). Ich weiß, dass ich mit Ihnen darin nahtlos einig bin ...

Herzlich, Ihr

P.

Anlage: „Grüne – kommt raus aus den sozialdemokratischen Windeln“

(www.wadinet.de/news/dokus/44_Sozialdemokratische-Windeln-ablegen.pdf)

Mail v. 10.10.06, 19:09h

Hallo Herr P. !

Wenn es diesen Masterplan geben sollte, wäre jede Hoffnung berechtigt. Allein mir fehlt der Glaube daran. Ich traue Merkel, Pofalla und Kauder diesen Masterplan nicht zu.

Ich hätte nichts dagegen, falsch zu liegen Schließlich geht es um unser Vaterland.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr DX

Mail v. 10.10.06, 22:35h

Hallo Herr DX,

im Begriff "Vaterland" läuft unser beider Bemühen zusammen. Es ist ein einzigartiges Land, dieses gepflegte, kultivierte Land. Seine Kultur muss sich wieder zu den Höhen aufschwingen, auf denen es sich in der Person und dem Werk vieler gediegener, gebildeter Menschen und gereifter Intellekte befunden hat u. auch künftig befinden kann -- wenn man weiter darum bemüht ist. **Die Mühe, z.B. "die Anstrengung des Begriffs", wie Hegel sagte, und wie es Marx oder Moltke oder Ranke oder Rilke oder Heine oder Humboldt oder Weber oder Wer auch immer*)** -- jedenfalls eine unübersehbare Anzahl weiterer zu nennender Landsleute -- gelebt haben, ist die Quelle der Kultur, ein Muss und Maß der Vernunft, Anker der Identität und Bezugspunkt eigener Kraft. Für unser Land, seine Werte u. Potenziale streiten zu dürfen, ist ein Grund, dankbar zu sein. Die größte Not sind die verkümmerten Potenziale, das Missmanagement unseres geistig-moralischen Potenzials. Europa und auch unser bester Partner -- Amerika -- brauchen wieder deutsche Beiträge, nicht als Zeichen von irgendwelcher Überlegenheit (das war ein lächerlicher Wahn), aber als Inhaltsbeitrag, wie etwa die geistige Kraft Kants oder Brechts oder Bachs oder Beethovens Haltepunkte auch für andere Völker boten. Der Ritus eines Papst oder Imams dürfte allein kaum ausreichen, um "typischen" Zeitgenossen Sinn zu vermitteln. Perspektivität kann nur aus geistiger Kraft kommen, und ich glaube, dass von dieser Kraft in Merkel oder Koch, Münte oder Steinbrück, um nur einige zu nennen, Beachtliches steckt. Der Bürger selbst -- der Souverän -- muss sich aber mehr auf Augenhöhe mit seinen Vertretern begeben, damit die nicht sozusagen ins Leere greifen, wenn sie „den sich selbst verantwortenden Bürger“ anrufen. Oder anders sagt: Ein Bürger, der es nicht bis auf Augenhöhe seiner Volksvertreter schafft, ist ein Schaf, das seinem Gegenüber das Gefühl gibt, sein Hirte zu sein.

Thema Korea: Besonders gut fand ich den Beitrag v. David Frum, NYT (s. Anlage).

Herzlich, Ihr

P.

Anlage: Datei 799_... [NYTimes: „Mutually Assured Disruption“,10.10.06]

Anmerkung:

*) **Die Namensnennung ist eher zufällig, spontan, spielerisch.** Eine unbestimmbare, aber ungeheure Zahl von Namen müsste genannt werden! Es kann nur um bescheidene **Andeutung** gehen, sprich Andeutung eines reichen intellektuellen Erbes, dessen wir uns gar nicht bewusst genug sein können.

Brecht oder Bonhoeffer oder Bodelschwingh, Luhmann oder Liebermann oder Lemper, Walden oder *Weitere*, um beim Sprachspiel zu bleiben (Matthias Walden ist mir seit einer Korrespondenz, die ich als junger Mensch mit ihm führen konnte, ein Vorbild für eine nach Stil und Inhalt sorgsam geführte Korrespondenz). So (oder anders) könnte fortgefahren werden; es geht weniger um Beispiele als den Respekt vor intellektueller und moralischer Kompetenz. Anlass zu solchem Respekt lässt sich allenthalben finden.

Mehr Frauen als Ute Lemper hätten hier freilich genannt werden müssen!

Zum Namen Marx, mit dem ich startete, was manchem freilich zu Unrecht provokativ erscheinen mag, streue ich die Frage ein:

Welche **Formel** bezeichnet das heutige (elementar dynamische und sich dramatisch zuspitzende) Weltgeschehen treffender als die Marxsche Formulierung, dass „die Produktivkräfte“ (d.h. menschengemachte technische u. organisationelle Innovationen) „die Verhältnisse sprengen“ (z.B. wird die innen- und außenpolitische Steuerung zugleich ausufernder und begrenzter in ihrer „Wirkmächtigkeit“ – ihren Möglichkeiten; der Zerfall von Staaten ist auch ein Ausdruck der Wucht der Veränderung; ein Furcht einflößendes Beispiel ist vor allem die Gefahr der Atomrüstung und Proliferation). Die Nennung des Namen Marx ist hier der Hinweis, dass man den Gegenstand der Kritik zunächst kennen sollte.

Auch der Name Moltke bedarf vielleicht einer Anmerkung, damit nichts unnötig missverstanden wird. Meine eigene Lektüre liegt schon weit zurück, aber öffnete mir doch in einigen Punkten für Fragen des Mittleren Ostens die Augen. Als Begründung für die Namensnennung könnten etwa auch folgende Wikipedia-Angaben dienen:

Wikipedia: Helmuth Karl Bernhard Graf von Moltke

(. . .) Moltke und Bismarck gelten als Schmiede der Reichseinigung von 1871, Moltke aus militärischer und Bismarck aus politischer Sicht. Obwohl Moltke seit 1871 Immediatrecht beim Kaiser hatte und damit faktisch die Möglichkeit, militärische Entscheidungen zusammen mit dem Oberbefehlshaber unter Ausschluss von Reichstag und Kanzler zu treffen, war er stets bereit, sich dem von Bismarck geforderten Primat der Politik zu unterwerfen. Noch in seiner letzten Reichstagsrede, die er als 90-jähriger am 14. Mai 1890 hielt, warnte er eindringlich vor einem neuen Krieg in Europa mit den Worten "Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden – und wehe dem, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!"

[Ende der Anmerkungen zu den Namensnennungen in der e-mail v. 10.10.06]

Wer führte den Dialog?

Die beiden Partizipanden sind ca. 60 J. und stehen voll im Geschirr. Beide sind in Funktionen tätig oder tätig gewesen, die erschöpfenden (!) Einblick in spezielle und globale Informationsbereiche bieten. Beide haben sehr aktiv von ihren Informations- und Handlungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht, über Jahrzehnte hinweg und in wechselnden Verwendungen – mit immer neuen Herausforderungen. Man mag also getrost davon ausgehen, dass die Wissensbasis vorzeigbar, der aktuelle Informationsstand bestens, das Urteilsvermögen geschult, Praxisbezug in breiter und einschlägiger Form vorhanden ist und staatsbürgerliches Engagement gewiss in all den Berufsjahren nicht gefehlt hat. Vielleicht ist es also interessant, den spontan erfolgten Dialog der beiden Personen wiederzugeben, vor dem interessierten Leser „abrollen“ zu lassen, zumal hier nichts konstruiert ist, sondern der Gedankenaustausch sich ohne Verwertungsabsicht vollzog. Dieser Option wurde man sich erst im Nachhinein bewusst.

Eigene Positionierung:

Zur Zeit die des Herrn P., wenn es aber dabei bliebe, dass liberale Positionen aus Gründen der Koalitionslogik weiter geräumt werden, wird sich dies ändern.

Zum Beispiel: Das anfängliche Überbordwerfen der Unionsposition beim Thema „Antidiskriminierungsgesetz“, das später nur noch teilweise aufgefangen werden konnte, opferte unnötig ein wesentliches Stück Unions-Glaubwürdigkeit!

Zum Beispiel: Hat der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Unrecht, wenn dort getitelt wird (siehe **iwd** 41, S. 2) „Gesundheitsreform: Wettbewerb weiter ausgebremst“ ??? Eine sehr breite Allgemeinheit teilt diese Auffassung! Liegt diese Öffentlichkeit falsch? Oder diese Regierung? Hier bin ich zu wenig Experte und lasse dies offen. Es gilt, was im Dialog gesagt wurde, dass dies Thema nicht derart beherrschend sein darf, und es gut ist, wenn Politik sich auch auf die Lösung zahlreicher anderer Probleme konzentrieren kann!

Drittens: Zu fragen ist auch, um das außenpolitische Themenfeld hier nicht zu vergessen, ob der russische Präsident bei seinem Besuch in Dresden – soeben war der 13. Journalistenmord der letzten Jahre in Russland begangen worden (ohne dass es zu einer Aufklärung u. gerichtlichen Ahndung gekommen wäre), während gleichzeitig unter Putins Regentschaft die Presse, Medienlandschaft, Wirtschaftsbereiche und nicht-staatliche Organisationen brachial eingeschüchtert, brachial eingeschnürt oder schlicht gleichgeschaltet worden waren – nicht trotz aller nötigen Diplomatie mit folgender Aussage hätte konfrontiert werden müssen:

„Wir können unserem Gast, dem russ. Präsidenten, nicht die Feststellung ersparen, dass westliche Öffentlichkeiten es als Zeichen der Schwäche verstehen, wenn ein Land kritische Einstellungen seiner Bürger – oft auch nur eines Bürgers oder einer Bürgerin – nicht hinnehmen kann. Wer stark ist, erträgt Kritik, stellt sich, ja öffnet sich der Kritik. Bürger, die nicht Bomben werfen, sondern zu informieren und zu argumentieren versuchen, sind ein teures Gut der Gesellschaft und bedürfen – wie alle anderen Bürger auch – des aktiven Schutzes der Staatsmacht.“

Es darf angenommen werden, dass unsere Bevölkerung bereit wäre, für dies Wort den einen oder anderen Cent mehr für Gas und Öl zu zahlen.

Anhang:

Nachfolgend sind zwei der erwähnten Anlagen wiedergegeben:

- J. Hoagland, „Germany’s Comeback“, Wash. Post, 8.10.06;
- S. 6 aus „Neustart einer Regierung“, Thema Kernenergie.

Germany's Comeback

By Jim Hoagland – Washington Post – Sunday, Oct. 8, 2006

BERLIN -- Germany's richly deserved 60-year holiday from leadership abroad is ending sooner than many here would like. Since World War II, Germans have become comfortable with standing in the shadows of power while the Americans, the French and others shoulder the costly burden of claiming to run the world.

War-imposed modesty no longer shelters Angela Merkel's coalition government from having to show leadership in defining Europe's new relations with a suddenly assertive Russia, fixing an independent Kosovo's place in the Balkans and perhaps even shaping a broad response by secular societies to the challenges posed by militant Islam.

This is an especially daunting agenda for Merkel's ideologically dissonant coalition. The chancellor's Christian Democrats and their Social Democrat "partners" have been battling openly in recent months over domestic reforms. As a result, the chancellor's once-high approval rating has dropped like a stone.

But with power vacuums developing on the country's eastern and western borderlands and the United States bogged down in Iraq, Berlin understands that it is condemned to lead. A visitor finds the capital beset with angst -- but also bubbling with ideas -- about the approaching German moment in international affairs.

In January, Germany takes over the rotating presidency of the European Union for six months while also serving as host for next year's Group of Eight summit. Both jobs involve setting agendas for others, organizing joint action plans and putting out unexpected diplomatic brush fires when national interests collide.

Merkel will stand pretty much alone in doing this. A looming leadership change and urgent domestic problems in France render inoperative the French-German duopoly that often runs European affairs. Britain and Italy are disabled as potential leadership partners for similar reasons.

To the east, political turmoil in Poland and Ukraine makes the task of designing an E.U. "neighborhood policy" more difficult and more urgent. And Germany will be in the saddle as negotiations get underway on a 10-year strategic cooperation

agreement between the European Union and Russia just as Russia is flexing its muscles toward Georgia, other ex-Soviet states and an energy-needy Europe.

Fortunately, Merkel continues to distance herself from President Vladimir Putin -- or rather from the unhealthily supine relationship with Putin pursued by her predecessor, Gerhard Schroeder, now employed by Russia's national pipeline company to oversee a deal he blessed while in office.

Merkel returned fuming from a triangular summit last month with Putin and French President Jacques Chirac, suggesting privately that this would be the last such gathering of the three-power group, which originated in opposition to the U.S. invasion of Iraq. Merkel's mood was not helped by Chirac's public announcement that the meeting would be held in the northeastern French town of Compiègne -- the site of Germany's surrender in World War I and of Hitler's infamous victory jig in 1940 -- before he informed Merkel.

In any event, Merkel and Putin are circling each other cautiously as the Russians seek a legally binding new "strategic partnership" with the European Union that would dilute Europe's transatlantic commitments. Merkel instead would like to see a common European-American energy strategy take shape to reduce the political leverage of Russia and other oil and gas producers. That idea has not evoked enthusiasm in Washington yet, but it should.

Moscow also plays hardball with Berlin by demanding that the final status of the former Serbian province of Kosovo be determined through a negotiated settlement with the Serbs.

Official German thinking projects Kosovo moving next year from U.N. administration to declared independence with limited sovereignty. The new state would have no army, and U.N. membership and other diplomatic recognition would be phased in over a decade.

Too timid for the Kosovars and perhaps for the Bush administration, the ideas will nonetheless anger Russia and upset Serb allies in the European Union. The Kremlin is already warning Berlin that Kosovo independence of any kind will bring disaster. It will set a precedent for breakaway factions in Georgia, Moldova and other places where there are "frozen conflicts" to pursue self-determination, with Russian help.

Berlin's new diplomatic activism complements the recent groundbreaking German military deployments abroad that have been the subject of previous columns, and the efforts by Wolfgang Schäuble, Merkel's highly able interior minister, to counter militant Islam's challenges to European concepts of freedom of speech and equality of the sexes, the subject of a future column here.

For now it is time to welcome the Germans back from the frustrations and joys of living on history's outskirts and to hope that this time their ideas are stronger than their angst.

Fritz W. Peter „**Neustart einer Regierung**“, S. 6,

(www.wadinet.de/news/dokus/10_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf)

Thema Kernenergie / Atomausstieg?

Am Schluss dieses Einführungsteils möchte ich mit einem anschaulichen Beispiel vor Augen führen, **dass auch sehr strittige Themen neu überdacht werden müssen**, worauf z.B. folgende FAZ-online-Leserumfrage hinweist, überschrieben: „*Atomausstieg verzögern?*“ Die Frage an die Leser war wie folgt gestellt:

In der SPD haben Berichte Aufregung verursacht, bei den Koalitionsverhandlungen könnte eine längere Laufzeit für Kernkraftwerke vereinbart werden. Es hieß, in einer Arbeitsgruppe sei darüber verhandelt worden, die Laufzeit um acht Jahre zu verlängern. Die Union hatte diese Position im Wahlkampf vertreten. Mehrere SPD-Abgeordnete versicherten nun, das komme für die Partei nicht in Betracht. Was denken Sie?

Do. 27.10.05, ca.12:00h, ca. 2.400 Stimmen	Do. 3.11.05, ca.13:00h, ca. 4.400 Stimmen
Finger weg vom Atomkompromiss:	
18,9%	18,3%
Acht weitere Jahre wären in Ordnung:	
19,1%	18,1%
Der ganze Ausstieg gehört abgeschafft:	
48,7%	51,9%
Im Gegenteil: AKWs sofort abschalten:	
13,3%	11,7%

Es kann also festgestellt werden, dass die AKW-Befürwortung jenseits einer Zwei-Drittel-Mehrheit liegt, mit leichtem Trend nach oben während dieses Wochenzeitraums (von ca. 68% auf 70%, wenn man nur die mittleren beiden Gruppen addiert; es könnte und müsste jedoch wahrscheinlich auch aus der ersteren Gruppe ein hier nicht näher bestimmbarer Teil hinzugerechnet werden.)

Die Energiepolitik wird aufgrund der Preisentwicklung automatisch ein wichtiges Thema während der kommenden Jahre werden. Die Frage nach dem Energiemix wird sich dann neu stellen – von den Koalitionspartnern kann insofern auch zugewartet werden. Vgl. hierzu auch die Anmerkungen unter Pkt. 8 im folgenden Text.